

NÖ BUDGETPROGRAMM

2010 - 2013



NÖ BUDGETPROGRAMM

2010 - 2013

LHSTV MAG. WOLFGANG SOBOTKA

JUNI 2010

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG.....	2
DIE NÖ BUDGETPROGRAMME SEIT 1995	4
RECHTLICHE GRUNDLAGEN	6
MITTELFRISTIGE BUDGETVORSCHAU BIS 2013.....	7
NÖ BUDGETPROGRAMM 2010 - 2013	22

EINLEITUNG

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, die im zweiten Halbjahr 2008 begann, hat tiefe Spuren hinterlassen. Im Jahre 2009 schrumpfte in Österreich das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,6%. Das war der stärkste Rückgang in der Zweiten Republik. Nominell verringerte sich das BIP erstmals seit Ende des Krieges und lag 2009 um 1,8% unter dem Niveau des Jahres 2008. Das WIFO rechnet für Österreich für die Jahre 2010 und 2011 mit einem realen Wachstum von jeweils rund 1,5%.

Die österreichische Wirtschaft wird in den Jahren 2011 bis 2013 real im Durchschnitt um knapp 2% wachsen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hinterlässt auch im Niederösterreichischen Landeshaushalt Spuren.

Trotzdem ist festzustellen, dass sich aufgrund der ergriffenen Maßnahmen und Konjunkturpakete die niederösterreichische Wirtschaft rascher entwickelt als der Bundesdurchschnitt. Der eingeschlagene Weg wurde damit deutlich bestätigt.

Eine mittelfristige Budgetvorschau von Prof. Dr. Gerhard Lehner zeigt die Entwicklung des Landeshaushalts bis 2013. In seiner Vorschau sind zunächst keine budgetsteuernden Eingriffe enthalten, um die seit 2008 angestiegenen Abgänge und Schuldenstände zu verbessern, sondern es wird die weitere theoretische Entwicklung für den Fall, dass keine gegensteuernden Maßnahmen ergriffen werden, aufgezeigt.

Die wirtschaftliche Entwicklung bessert sich nur sehr langsam. 2009 blieben die Einnahmen aus Ertragsanteilen hinter den Einnahmen des Jahres 2008 um 157 Mio. € zurück. Die Ertragsanteile werden auch 2010 hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Die Entwicklung der Einnahmen (ohne Kreditaufnahmen) weist eine durchschnittliche Zuwachsrate in der Periode 2009 bis 2013 von 2,2% aus.

Die Ausgaben sind von den Bereichen Soziales und Gesundheit (Krankenanstalten) geprägt. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben steigt von 49,7% (2009) auf 51,3% (2013). Diese Ausgaben sind stark von der Alterung der Bevölkerung abhängig. Im Jahre 2013 werden nach der jüngsten Bevölkerungsprognose von Statistik Austria in Niederösterreich 406.000 Personen leben, die älter als 60 Jahre sind, das ist im Vergleich zu 2009 ein Zuwachs von rund 20.000 Personen (+5,4%). Das lässt erwarten, dass die Nachfrage nach Gesundheits-, Pflege- und Sozialleistungen in den nächs-

ten Jahren in Niederösterreich steigt. Neben diesen beiden Aufgabenbereichen steigen auch die Aufwendungen für die Kinderbetreuungseinrichtungen; 2009 bis 2013 durchschnittlich 4,5%.

Insgesamt wird bis 2013 mit einer durchschnittlichen Zunahme der Ausgaben ohne Gegensteuerungen von 2,8% gerechnet. Die Ausgaben steigen somit deutlich rascher als die Einnahmen.

Wie die mittelfristige Vorschau zeigt, ist eine deutliche Zunahme der Enge im Landeshaushalt in den nächsten Jahren feststellbar. Da die Einnahmen vom Land kaum beeinflusst werden können, kann eine Verbesserung des Haushalts nur durch Ausgabenreduktionen erreicht werden.

Auf dieser Grundlage werden jene Erfordernisse und Bedingungen dargestellt, die in der Programmperiode schrittweise zu einer deutlichen Senkung des Abgangs und einer Einbremsung des Schuldenzuwachses führen können.

NÖ Budget- und Finanzvorschau 1990

Seit dem Jahr 1990 hat der Landesfinanzreferent dem Landtag, ausgelöst durch einen Resolutionsbeschluss des Landtages, eine zehnjährige Budget- und Finanzvorschau vorgelegt, welche die Entwicklung des Landeshaushaltes aufzeigte, wenn keine korrigierenden Eingriffe vorgenommen werden.

Ab 1995 wurde dem Landtag neben der Budget- und Finanzvorschau auch ein Budgetprogramm mit dem Ziel einer langfristigen Begrenzung der Abgangs- und Schuldenentwicklung vorgelegt.

NÖ Budgetprogramm 1996 bis 1998

Mit Beschluss des NÖ Landtages vom 29. Juni 1995 wurde das NÖ Budgetprogramm 1996 bis 1998 zur Kenntnis genommen und die Landesregierung beauftragt, im Sinne der Zielsetzung der Budgetkonsolidierung bei der Erstellung der Voranschläge 1996 bis 1998 das NÖ Budgetprogramm 1996 bis 1998 umzusetzen. In diesem Zeitraum ist es gelungen, den Nettoabgang nahezu zu halbieren.

NÖ Budgetprogramm 1999 bis 2003

Der 1996 begonnene Konsolidierungskurs wurde auch in der folgenden Legislaturperiode durch ein neues mittelfristiges NÖ Budgetprogramm 1999 bis 2003 fortgesetzt. Hauptzielsetzung war die schrittweise Reduzierung des Nettoabgangs.

NÖ Budgetprogramm 2001 bis 2004

Auf Grund des neuen Finanzausgleichs 2001 und des Österreichischen Stabilitätspakts 2001 wurde das noch laufende NÖ Budgetprogramm 1999 bis 2003 obsolet. Für die Beurteilung der öffentlichen Haushalte wurde nunmehr das Europäische System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95) maßgeblich. Die im NÖ Budgetprogramm enthaltenen Ziele wurden hinsichtlich des zu erzielenden Maastricht-Überschusses zur Gänze erreicht.

NÖ Budgetprogramm 2005 bis 2008

Die Zielsetzungen für die Programmperiode 2005 bis 2008 bestanden darin, die im Österreichischen Stabilitätspakt 2005 für Niederösterreich festgelegten Stabilitätsbeiträge zu erbringen und gleichzeitig die Neuverschuldung hinsichtlich der Maastricht-Schulden zu minimieren. Die NÖ Stabilitätsbeiträge wurden in den Jahren 2005, 2006 und 2007 erzielt. Noch 2007 wurden die Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich vorgezogen und gleichzeitig ein neuer Österreichischer Stabilitätspakt 2008 abgeschlossen. Daher war es erforderlich, ein neues NÖ Budgetprogramm zu erstellen.

NÖ Budgetprogramm 2009 bis 2013

Hauptinhalte und -zielsetzungen des NÖ Budgetprogramms 2009 bis 2013 waren einerseits die Erzielung der im Österreichischen Stabilitätspakt 2008 festgelegten Haushaltsüberschüsse nach ESVG 95 und auf der anderen Seite die schrittweise Reduktion der administrativen Abgänge und damit einhergehend die Stabilisierung des Schuldenstands. Die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen jedoch grundlegend verändert. Die im NÖ Budgetprogramm 2009 bis 2013 festgelegten Ziele konnten daher nicht eingehalten werden.

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Österreich ist als Mitglied der Europäischen Union an die Vorgaben des EG-Vertrages sowie des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts gebunden, der unter „normalen“ Konjunkturbedingungen einen ausgeglichenen Haushalt vorsieht, sowie wichtige Vertragsbestimmungen zur Haushaltspolitik präzisiert. Das Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union sieht eine Reihe von Regelungen für die Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten vor. Insbesondere der Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften (EG-Vertrag) Art. 99 (Koordinierung der Wirtschaftspolitik) und Art. 104 (Vermeidung übermäßiger Defizite, Haushaltsdisziplin).

Als Mitglied der Europäischen Union ist Österreich verpflichtet, die Rechtsvorschriften der Gemeinschaft innerstaatlich umzusetzen. Niederösterreich als Bundesland Österreichs ist in diese Verpflichtung eingebunden. Die relevanten innerösterreichischen Bestimmungen sind das Österreichische Stabilitätsprogramm und der Österreichische Stabilitätspakt. Gemäß Artikel 1 Abs. 1 und 2 „verpflichten sich Bund, Länder und Gemeinden, die Stabilitätsorientierung ihrer Haushaltsführung weiterzuführen. Sie werden gemeinsam die nachhaltige Einhaltung der Kriterien über die Haushaltsdisziplin auf Basis der Art. 99 und Art. 104 des EG-Vertrags, ... sicherzustellen. „Bund, Länder und Gemeinden haben die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung sicher zu stellen und haben sich bei der Beschlussfassung über die jährlichen Haushaltsvoranschläge an den mittelfristigen Vorgaben zu orientieren.“ (Artikel 7 Abs.1 und 2)

Die mittelfristige Entwicklung des Landeshaushalts wurde in einer vom Land NÖ beauftragten Studie von Prof. Dr. Gerhard Lehner dargestellt¹. Dabei wurde untersucht, wie sich Einnahmen und Ausgaben des Haushalts unter bestimmten Annahmen, insbesondere der Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung des WIFO im Zeitraum bis 2013, entwickeln. Nicht enthalten sind konkrete Maßnahmen, welche Einfluss auf Einnahmen, Ausgaben bzw. Salden haben könnten, wie z.B. Ausgabenreduzierungen oder Lukrierung von Mehreinnahmen. Dargestellt wird also die Budgetentwicklung unter dem Motto „was passiert, wenn nichts passiert“.

Die sich daraus ergebenden Salden bis 2013 geben Anlass, Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen, um die Entwicklung des Haushalts positiv zu beeinflussen. Beispielsweise Ausgaben und Einnahmen zu optimieren, die Ausgabeneffizienz zu erhöhen, gegebenenfalls Ausgaben zu reduzieren, um die in den letzten Jahren angestiegenen Abgänge wiederum schrittweise zu senken und das Schuldenwachstum zu bremsen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die im zweiten Halbjahr 2008 begann, hat tiefe Spuren hinterlassen. Im Jahre 2009 schrumpfte in Österreich das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,6%. Das war der stärkste Rückgang in der Zweiten Republik. Nominell verringerte sich das BIP erstmals seit Ende des Krieges und lag 2009 um 1,8% unter dem Niveau des Jahres 2008. Der Arbeitsmarkt war von dieser Krise massiv betroffen. Die Beschäftigung reduzierte sich um 1,4%, die Arbeitslosigkeit stieg um mehr als 22% auf fast 260.000 Personen im Jahresdurchschnitt. Nur die Löhne und Gehälter spiegeln die Krise noch nicht, sie wuchsen (pro Beschäftigungsverhältnis) im Jahre 2009 noch um 2,3%. Der reale öffentliche Konsum stieg hingegen im Jahre 2009 (auch wegen der Konjunkturprogramme) mit 1,2% etwas stärker als ursprünglich angenommen wurde.

¹ Die mittelfristige Budgetvorschau des Landes Niederösterreich wurde von Prof. Dr. Gerhard Lehner im April 2010 erstellt und wird in diesem Kapitel verkürzt wiedergegeben.

Der Konjunkturaufschwung setzt nur sehr zögerlich ein. Das WIFO rechnet für die Jahre 2010 und 2011 mit einem realen Wachstum in Österreich von jeweils rund 1,5%.

Trotzdem ist festzustellen, dass sich aufgrund der ergriffenen Maßnahmen und Konjunkturpakete die niederösterreichische Wirtschaft rascher entwickelt als der Bundesdurchschnitt. Der eingeschlagene Weg wurde damit deutlich bestätigt.

Die österreichische Wirtschaft wird in den Jahren 2011 bis 2013 real im Durchschnitt um knapp 2% wachsen. Für die Löhne und Gehälter pro Kopf wird jetzt ebenfalls eine geringere Zunahme unterstellt (2011 bis 2013 2,3% im Durchschnitt).

Es lässt sich erkennen, dass die Wachstumsabschwächung (auch mittelfristig) zeitlich sehr unterschiedlich (asymmetrisch) auf Einnahmen und Ausgaben im Landeshaushalt wirkt. Die Einnahmen, insbesondere die Ertragsanteile reagieren rascher und stärker als die Ausgaben.

Einen wichtigen Anhaltspunkt für die Entwicklung der Ausgaben bietet der öffentliche Konsum, immerhin sind mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben des öffentlichen Sektors dieser Komponente zuzurechnen. Nominell wird der öffentliche Konsum 2009/2013 um etwa 1,7% pro Jahr wachsen. Das ist ein wichtiger Anhaltspunkt für die Ausgabenentwicklung, auch im Niederösterreichischen Landeshaushalt.

Bevölkerungsentwicklung

Die österreichische Bevölkerung wächst nach der jüngsten Prognose von Statistik Austria (vom November 2009) in den Jahren 2009/2013 um knapp 0,4%. Der überwiegende Teil des Zuwachses stammt aus der Migration. Nach den Berechnungen von Statistik Austria wird für 2013 mit einer österreichischen Gesamtbevölkerung von rund 8,50 Mio. Einwohner gerechnet.

Die niederösterreichische Bevölkerung wächst etwas rascher als im österreichischen Durchschnitt. In den Jahren 2009 bis 2013 nimmt die Bevölkerung in Niederösterreich um 0,5% zu. Der Anteil Niederösterreichs an der gesamten österreichischen Einwohnerzahl steigt von 19,23% im Jahre 2009 auf 19,33% im Jahre 2013. Das wirkt sich in den Ertragsanteilen aus, die nunmehr durch die jährliche Registerzäh-

lung rascher an die Bevölkerungsentwicklung angepasst werden als früher. In Niederösterreich werden nach dieser Prognose im Jahre 2013 1,64 Mio. Menschen leben, das sind um rund 34.000 Personen mehr als 2009. Dieser Anstieg stellt natürlich den Landeshaushalt vor nicht geringe Herausforderungen.

Finanzausgleich und Stabilitätspakt

Der gegenwärtige Finanzausgleich gilt bis 2013. Es wird hier unterstellt, dass keine Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes bis 2013 erfolgen.

Anders stellt sich die Situation für den innerösterreichischen Stabilitätspakt dar. Er wurde gemeinsam mit dem Finanzausgleichsgesetz verhandelt und gilt ebenfalls bis 2013. Er wurde noch vor dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise abgeschlossen und sieht für die Länder Maastricht-Überschüsse vor. Auch für den Gesamtstaat ist ein positiver Budgetsaldo ausgewiesen. Diese Vorgaben sind durch die Entwicklung der Jahre ab 2008 völlig überholt.

Nach dem jüngsten Stabilitätsprogramm vom Jänner 2010, das der EU-Kommission übermittelt wurde, rechnet Österreich für den Gesamtstaat im Jahre 2010 mit einem Abgang von 4,7% des BIP, der bis 2013 auf 2,7% verringert werden soll, um die Grenze des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (3% des BIP) wieder zu unterschreiten.

Für die Länder (und Gemeinden) ist im Stabilitätsprogramm für 2010 ein Maastricht-Defizit von 0,5% des BIP angegeben. Die Länder (mit den Gemeinden) hätten nach den Annahmen des Stabilitätsprogramms bis 2013 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Ob die Annahmen des Stabilitätsprogramms in einen neu zu verhandelnden innerösterreichischen Stabilitätspakt einfließen, wird Verhandlungen zwischen den FAG-Partnern vorbehalten bleiben.

Neben dem Stabilitätsprogramm wurde im Frühjahr 2010 dem Parlament ein Strategiebericht zusammen mit dem Bundesfinanzrahmengesetz 2011-2014 vorgelegt. Die Ziele für den Gesamtstaat decken sich zwar mit dem Stabilitätsprogramm (also im Jahr 2013 ein Defizit von 2,7%), allerdings wurde der Budgetpfad für Bund und Länder (mit Gemeinden) verändert, so dass (wenn auch nicht explizit im Strategiebericht

ausgewiesen) für Länder und Gemeinden zusammen ein durchgängig konstantes Maastricht-Defizit von 0,6% des BIP in den Jahren 2010 bis 2014 abgeleitet werden kann.

Entwicklung der Einnahmen bis 2013

Ausschließliche Landesabgaben

Die ausschließlichen Landesabgaben spielen im Niederösterreichischen Landeshaushalt, wie auch in den anderen Bundesländern, nur eine untergeordnete Rolle. Sie decken weniger als 1% der Gesamtausgaben. Sie sind großteils mengenabhängig, aber auch, wie die Entwicklung 2009 zeigt, weitgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung unabhängig.

Der Schwerpunkt dieser Einnahmen liegt im Niederösterreichischen Landeshaushalt bei den Rundfunkabgaben, die mehr als 40% der Gesamteinnahmen aus ausschließlichen Landesabgaben erbringen. Diese sind weitgehend konjunkturunabhängig. Neben den Rundfunkabgaben spielen noch die Feuerschutzsteuer (die jedoch vom Bund eingehoben wird und deren Aufteilung auf die einzelnen Bundesländer im Finanzausgleichsgesetz genau geregelt ist), die Seuchenvorsorgeabgabe sowie die Verwaltungsabgabe eine Rolle.

Für die Jahre 2009/2013 dämpft das schwache Wirtschaftswachstum auch die Einnahmen aus den ausschließlichen Landesabgaben, sodass mit einem Ansteigen von durchschnittlich 1,8% gerechnet wird.

Ertragsanteile

Die Ertragsanteile sind die zentrale Finanzierungsquelle der Landeshaushalte. Sie bestimmen den Budgetspielraum, weil andere wichtige Einnahmenkomponenten (wie Personalaufwandsersätze, Transfers) großteils zweckgebunden sind und daher saldenneutral wirken.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die steuerlichen Maßnahmen, die 2009/2010 in Kraft traten, haben die Einnahmen an Ertragsanteilen massiv geschmälert. Bei einer Quote der gemeinschaftlichen Bundesabgaben am nominellen Bruttoinlandsprodukt von 23,8% (2008), verursacht der Rückgang des BIP 2009 einen Einnahmenausfall von brutto rund 4,3 Mrd. €, wovon fast 160 Mio. € auf das Land Niederösterreich entfallen.

Die steuerlichen Maßnahmen, die im September 2008 beschlossen wurden (Mehrwertsteuersatz für Medikamente halbiert, die Überstundenbegünstigung von 5 Stunden auf 10 Stunden monatlich ausgeweitet), bringen auf das Jahr bezogen Einnahmenausfälle von rund 480 Mio. € (brutto).

Ab 2009 trat die Tarifierung in der Lohn- und Einkommensteuer in Kraft, die rund 2,3 Mrd. € erfordert, ferner das Familienpaket (rund 0,5 Mrd. €) sowie die Spendenbegünstigung (0,1 Mrd. €). Außerdem wurde eine, auf die Jahre 2009/2010 befristete vorzeitige Abschreibung eingeführt, die das Aufkommen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer um rund 0,7 Mrd. € dämpft, weiters tritt ab 2010 ein Gewinnfreibetrag in Kraft, der rund 0,3 Mrd. € an Einkommensteuereinnahmen kostet.

Insgesamt schmälern die steuerlichen Maßnahmen (auf das Jahr gerechnet) die Einnahmen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben um etwa 4,4 Mrd. € (1,5% des BIP). Die kassenmäßigen Ausfälle teilen sich auf mehrere Jahre auf. Niederösterreich hat von diesen Ausfällen rund 150 Mio. € zu tragen. Insgesamt verringern die Wirtschaftskrise und die steuerlichen Maßnahmen das Aufkommen an Ertragsanteilen im Niederösterreichischen Landeshaushalt um etwas mehr als 300 Mio. € (auf das Jahr gerechnet).

Insgesamt erhielt das Land im Jahre 2009 2,33 Mrd. € an Ertragsanteilen, für 2010 wird der Voranschlag, der 2,27 Mrd. € an Ertragsanteilen vorsieht, nicht erreicht werden. Für das laufende Jahr ist mit etwa 2,21 Mrd. € zu rechnen, das wären um rund 60 Mio. € weniger als präliminiert. Für 2011 dämpfen die Auswirkungen der steuerlichen Maßnahmen und die schwache Konjunktur die Ertragsanteile weiter. Erst 2012 und 2013 werden die Ertragsanteile wieder stärker wachsen, weil die Einflüsse der steuerlichen Maßnahmen auslaufen. Eine durchschnittliche Zuwachsrate von 2% in der Periode 2009 bis 2013 wird daher angenommen.

Transfers, Finanzaufweisungen und Zuschüsse

Die Transfers, vor allem die Bedarfsaufweisungsmittel für die Gemeinden sowie die Aufweisungen an finanzschwache Gemeinden, die vom Bund über die Länder an die Gemeinden weitergeleitet werden, wirken in den Landeshaushalten saldenneutral. Sie sind fast ausschließlich von den Ertragsanteilen der Gemeinden abhängig. Neben diesen Transfers im Zusammenhang mit den Gemeinden spielen noch Zuschüsse zur Krankenanstaltenfinanzierung, die vom Umsatzsteueraufkommen bestimmt werden sowie Zuschüsse für die Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen, eine wichtige Rolle. Daneben bestehen noch eine Reihe anderer Transfers.

Ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg 2011/2013 von 4,0% wird angenommen. Diese Einnahmen sind jedoch größtenteils saldenneutral.

Personalaufwandsersatz

Diese Einnahmenkomponente umfasst einerseits die Ersatz des Bundes für die Aktivbezüge der Landeslehrer sowie die Mitfinanzierung an den Pensionen der Landeslehrer und andererseits die Einnahmen im Zusammenhang mit dem Personalaufwand für die Krankenanstalten und Pflegeheime, die im Voranschlagsabschnitt 85 verrechnet werden. Die Einnahmen im Zusammenhang mit den Personalaufwandsersatzern wirken saldenneutral, weil ihnen gleich hohe Ausgaben gegenüberstehen.

Für die Jahre 2009/2013 wird in der Studie von Prof. Lehner unterstellt, dass die Pro-Kopf-Gehälter der Lehrer, aber auch des Personals in den Krankenanstalten und Pflegeheimen etwa gleich stark steigen wie in der Gesamtwirtschaft und die Zahl der Bediensteten in den Pflegeheimen und Krankenanstalten leicht zunimmt.

Insgesamt würden unter diesen Annahmen die Personalaufwandsersatzern für die Aktiven in der Periode 2009/2013 im Jahresdurchschnitt um etwa 3,0% zunehmen

Die Einnahmen aus den Pensionsbeiträgen steigen 2009 bis 2013 im Jahresdurchschnitt um 3,0%.

Übrige Einnahmen

Diese Einnahmenkomponente ist recht heterogen. Sie ist teils durch Einmaleffekte geprägt. Umfasst sind Einnahmen im Sozialbereich, im Bereich Wohnbau, im Bereich Straßen sowie Leistungserlöse der Krankenanstalten und Pflegeheime und Transfers von anderen Rechtsträgern. Angenommen wird in der Lehner Studie, dass die Einnahmen in den Jahren 2011 bis 2013 jährlich um etwa 1,0% zunehmen.

Zusammenfassung der Einnahmen

Für die Jahre 2009 bis 2013 ergibt sich unter den hier beschriebenen Annahmen für die einzelnen Einnahmenkomponenten eine durchschnittliche Zuwachsrate der Gesamteinnahmen von jährlich 2,2%

In der Einnahmenstruktur zeigen sich mittelfristig bemerkenswerte Veränderungen. Die Steuereinnahmen verlieren an Bedeutung. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen geht von 34,0% im Jahre 2009 auf 33,7% zurück, wogegen jener der zweckgebundenen oder saldenneutralen Komponenten von 46,4% (2009) auf 47,8% der Gesamteinnahmen im Jahre 2013 steigt. Diese Verschiebungen zeigen, dass der Anteil der Einnahmen ohne Zweckwidmung sinkt.

Entwicklung der Ausgaben bis 2013

Die nachstehenden Annahmen zur Entwicklung der Ausgaben beruhen auf der Studie von Prof. Lehner. Er zeigt darin die weitere theoretische Entwicklung der Ausgaben ohne gegensteuernde Maßnahmen auf.

Verwaltung

Für die Jahre 2011 bis 2013 wurde in der Lehner Studie angenommen, dass es keine institutionellen Änderungen in diesem Aufgabenbereich gibt. Für den Personalaufwand, auf den in diesem Bereich rund 64% der Gesamtausgaben entfallen, wurde unterstellt, dass die Pro-Kopf-Gehälter sich etwa gleich entwickeln wie in der Gesamtwirtschaft. Außerdem wurde davon ausgegangen, dass der Personalstand konstant bleibt. Für den Sachaufwand wird angenommen, dass die präliminierten Aus-

gaben 2010 nicht ausgeschöpft werden, in den folgenden Jahren die Preissteigerungen abgegolten werden, real aber keine Ausweitung erfolgt. Daraus ergäbe sich ein durchschnittlicher Anstieg der Verwaltungsausgaben in den Jahren 2011/2013 um jährlich rund 2%.

Pensionen

Die Aufwendungen für die Pensionen werden in Zahlungen an die pensionierten Landeslehrer, die saldenneutral wirken, einerseits und die Pensionen für die übrigen Landesbediensteten andererseits unterteilt.

Mehr als 60% der Gesamtausgaben für Pensionen entfallen auf die Landeslehrer.

Es ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Pensionisten in den nächsten Jahren aufgrund der Altersstruktur der Aktiven zunehmen wird. Die Pro-Kopf-Pensionen steigen mit dem Verbraucherpreisindex. Einschließlich des Struktureffekts, der knapp 1% der Ausgaben ausmacht, ist daher mit einem durchschnittlichen Zuwachs der Ausgaben in den nächsten Jahren um rund 3% zu rechnen.

Die Zahl der Pensionisten der übrigen Landesbediensteten (einschließlich Krankenanstalten und Pflegeheime) hat in den letzten Jahren abgenommen. Für die nächsten Jahre wird jedoch unterstellt, dass die Zahl der Pensionisten zumindest konstant bleibt. Die Pro-Kopf-Pensionen werden ebenfalls mit dem Verbraucherpreisindex angehoben (jährlich 1,7%). Insgesamt ist daher etwa mit einem Anstieg der Pensionsaufwendungen bei den übrigen Landesbediensteten von etwa 2,7% pro Jahr zu rechnen.

Bildung

Die Ausgaben für Bildung umfassen die Bereiche Kinderbetreuungseinrichtungen, allgemeinbildende und berufsbildende Pflichtschulen, Musikschulen, Fachhochschulen und übrige Ausgaben.

In den Jahren 2009 bis 2013 steigen die Ausgaben für Bildung im Niederösterreichischen Landeshaushalt um 2,8% pro Jahr.

Soziales

Die Sozialausgaben zählen zu den zentralen Bereichen des Niederösterreichischen Landeshaushalts. Die Entwicklung verlief in den einzelnen Bereichen recht unterschiedlich. Im Gegensatz zum Bund spielen in den Ländern Sachleistungen eine größere Rolle. Das gilt nicht nur für die Pflegeheime, sondern etwa auch für die Behindertenhilfe. In den letzten Jahren stiegen die Sozialausgaben im Niederösterreichischen Landeshaushalt kräftig.

Aufgrund der wachsenden Alterung der Bevölkerung und auch aufgrund neuer Maßnahmen ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Leistungsempfänger im Jahresdurchschnitt in den nächsten Jahren um etwa 2,2% zunimmt. Die reale Zunahme pro Leistungsempfänger wird wie in der Vergangenheit mit etwa 0,6% pro Jahr angenommen. Insgesamt ist daher mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg der Ausgaben im Sozialbereich von 3,9% zu rechnen.

Krankenanstalten

Die Krankenanstalten sind der ausgabenintensivste Bereich im Niederösterreichischen Landeshaushalt. Sie werden brutto im Voranschlagsabschnitt 85 verrechnet. Im Vergleich zu anderen Bundesländern, die ihre Krankenanstalten ausgegliedert haben und nur mehr mit den Salden in ihren Landeshaushalten aufscheinen, ist die Darstellung in Niederösterreich transparenter. Für die Prognose wird angenommen, dass der Voranschlag 2010 sowohl beim Personalaufwand als auch bei den Sachausgaben eingehalten werden kann. In den Jahren 2011/2013 wird eine Zunahme des Personalaufwandes in den Krankenanstalten um 3,5% jährlich angenommen. Das ist zwar deutlich weniger als in den letzten Jahren, dennoch würde es eine reale Ausweitung ermöglichen. Für den Sachaufwand wird ein jährlicher Anstieg in den Jahren 2011 bis 2013 von 3% unterstellt. Das würde ebenfalls eine leichte reale Ausweitung bedeuten.

Insgesamt würden die Ausgaben im Zeitraum bis 2013 jährlich um rund 3,5% wachsen, das ist etwas mehr als das nominelle BIP.

Straßen

Die Finanzierung der Ausgaben für Straßen hat sich seit dem Finanzausgleichsgesetz 2008 spürbar geändert, da der Zweckzuschuss, der im Zusammenhang mit der Übernahme der Bundesstraßen durch die Länder im Jahre 2002 eingeführt wurde, in die Ertragsanteile einbezogen ist. Dadurch besteht nunmehr keine gesonderte Finanzierung mehr.

Für die Sachaufwendungen wird unterstellt, dass sie real unverändert bleiben. Das würde eine durchschnittliche Zunahme der gesamten Aufwendungen für Straßen in den Jahren 2009/2013 von etwa 1,5% bedeuten.

Sonstiger Verkehr

Dieser Aufgabenbereich umfasst vorwiegend Aufwendungen für den öffentlichen Personennahverkehr. Eine durchschnittliche Zuwachsrate in der Periode 2009/2013 von 0,9% wird angenommen. Nicht enthalten sind hier zusätzliche Kosten im Zusammenhang mit der Übernahme der Nebenbahnen.

Wohnbau

Die Wohnbauförderung ist ein wichtiger Aufgabenbereich in den Landeshaushalten. Die Finanzierung hat sich seit 2009 grundlegend geändert. Die Zweckzuschüsse sind abgeschafft und in die Ertragsanteile integriert. Die Finanzierung erfolgt nunmehr aus allgemeinen Einnahmen, dazu kommen noch Rückflüsse und Zinsen aus vergebenen Darlehen.

Die Wohnbauförderung hat im Grunde zwei Zielsetzungen. Zum einen den Neubau von Wohnungen zu fördern, zum anderen, die Sanierung (thermische Sanierung) zu unterstützen sowie Beihilfen zu gewähren. Als Instrumente dienen Darlehen, Annuitätenzuschüsse, rückzahlbare und nicht rückzahlbare Zuschüsse sowie Transfers. Die Zunahme der Ausgaben wird im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013 0,5% betragen.

Wirtschaftsförderung

Dieser Bereich umfasst sowohl die Förderungen der Land- und Forstwirtschaft, als auch von Industrie, Gewerbe, Tourismus und Energie. In den letzten Jahren haben diese Aufwendungen im Niederösterreichischen Landeshaushalt stagniert.

Im Hinblick auf die schwierige Budgetsituation wird angenommen, dass die Zurückhaltung bei den Förderungen auch in den nächsten Jahren anhält. Es wurde daher im Vergleich zu 2010 nur eine geringe Aufstockung der Mittel um +2% angenommen.

Sonstige Ausgaben

Diese Ausgabengruppe ist sehr heterogen. Sie reicht von den Aufwendungen für die innere Sicherheit (Feuerwehren), über Ausgaben für Freizeit (Sport, Kultur), Forschung, bis hin zu Ausgaben im Zusammenhang mit Transfers an die Gemeinden (Voranschlagsabschnitt 94). In diesen Ausgaben sind häufig auch Einmaleffekte enthalten (etwa im Zusammenhang mit Beteiligungen etc.), die die Zeitreihen teilweise verzerren. Im Vergleich zum Voranschlag 2010 ergibt sich jedoch für 2011 bis 2013 eine jährliche Zuwachsrate von 2,9% im Jahresdurchschnitt.

Zinsen

Die Ausgaben für Zinsen hängen von zwei Faktoren ab. Zum einen vom Stand bzw. der Entwicklung der Finanzschulden (Mengeneffekt) und zum anderen vom durchschnittlichen Zinssatz (Preiseffekt).

Ende 2009 betrug die Finanzschuld des Landes 3,22 Mrd. €, das sind um 0,66 Mrd. € mehr als Ende 2008 (2,56 Mrd. €). Dazu kommen noch innere Anleihen von 1,50 Mrd. €.

In den Jahren 2010 bis 2012 wird die Finanzschuld weiter steigen (es wird unterstellt, dass die Verzinsung im Nachhinein erfolgt und daher die Zunahme des Schuldenstandes im Jahre 2013 für die Zinsausgaben dieses Jahres nicht mehr relevant ist). Auch bei unverändertem Zinsniveau steigen die Ausgaben für die Zinsen bis 2013 auf Grund der jährlichen Neuverschuldung. Ein steigendes Zinsniveau im Vor-schauzeitraum würde daher die Zinsausgaben weiter erhöhen.

Zusammenfassung der Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben im Niederösterreichischen Landeshaushalt werden aufgrund der hier beschriebenen Annahmen im Jahre 2013 auf 8,34 Mrd. € ansteigen. Das entspricht für 2009 bis 2013 einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 2,8%.

Ausgabenstruktur

In der Ausgabenstruktur ergeben sich zwischen 2009/2013 spürbare Veränderungen. Die Aufwendungen für die Krankenanstalten und im Sozialbereich gewinnen weiter an Bedeutung. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben lag im Jahre 2009 bei 49,7% und wird 2013 auf 51,2% steigen. Auf diese beiden Aufgabenbereiche entfällt somit mehr als die Hälfte des Budgetvolumens. Diese Tendenz spiegelt die Bevölkerungsentwicklung und die Verschiebungen in der Ausgabenstruktur deutlich. Es zeigt, dass die Länderhaushalte von der Alterung der Bevölkerung daher besonders stark betroffen sind. Deutlich mehr Mittel erfordern auch die Zinsen, aufgrund der steigenden Defizite. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben steigt daher von 1,4% (2009) auf 1,9% im Jahre 2013.

Andererseits sinkt der Anteil der Ausgaben für Verwaltung, Straßen, und Wohnbau im Verhältnis zu den Gesamtausgaben.

Insgesamt lässt sich erkennen, dass ohne gegensteuernde Maßnahmen eine Verschlechterung der Budgetsituation eintreten würde.

Budgetsalden

Administrativer Saldo

Eine wesentliche Größe bei der Betrachtung von Voranschlägen des Bundes, der Länder und der Gemeinden stellt das (Netto-) Defizit bzw. der (Netto-) Überschuss auf administrativer Basis dar. Dieser so genannte „kamerale“ Saldo ist die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Das administrative Defizit – auch öffentlicher Abgang genannt – ist der Unterschiedsbetrag zwischen den Ausgaben ohne Tilgungen und den Einnahmen ohne Kreditaufnahmen. Es setzt am finanz- und schuldenwirtschaftlichen Stand des Haushalts an und zeigt auf, in welchem Ausmaß Ausgaben mit Kreditaufnahmen finanziert werden. Dieser Saldo spiegelt die Neuverschuldung bzw. die Veränderung des Schuldenstandes wider und entspricht somit dem Nettokreditbedarf. Nach dem Grundsatz der Gesamtdeckung sind alle Deckungsmittel mit Ausnahme der Kreditaufnahmen und Kassenstärker budgetrechtlich Einnahmen, auch Rücklagenentnahmen, Darlehensrückzahlungen und Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen. Bei den Ausgaben ist das Konzept der staatlichen Aufgabenerfüllung zu Grunde gelegt, wonach Darlehensgewährungen und Beteiligungen Instrumente der staatlichen Wirtschaftspolitik sind. Das administrative Defizit wird sozusagen „für sich alleine“ gegenüber der Volkswirtschaft und ohne methodische Berücksichtigung der Salden der anderen Sektoren gesehen.

Maastricht-Saldo

Die Budgetsalden gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung unterscheiden sich teils erheblich von den administrativen Salden. Beide sind daher nicht unmittelbar miteinander vergleichbar. Die Abweichungen bestehen sowohl in unterschiedlichen zeitlichen Zuordnungen einzelner Transaktionen bei Ausgaben als auch Einnahmen, vor allem aber in der Betrachtung der Finanztransaktionen, d.s. Darlehen, Beteiligungen, Wertpapiere, Rücklagengebarung.

Finanztransaktionen bleiben bei der Berechnung des Maastricht-Saldos unberücksichtigt, weil es sich nur um Umschichtungen im Finanzvermögen handelt, aber um keine dauerhafte Be- oder Entlastung des Haushalts: gewährte oder aufgenommene Darlehen werden wieder zurückbezahlt, zuerst gebildete Rücklagen werden aufgelöst, Wertpapiere und Beteiligungen können wieder veräußert werden.

Auch bei der zeitlichen Zuordnung der Transaktionen folgt die VGR dem Grundsatz des Entstehens der Forderungen und Verbindlichkeiten. Eine Transaktion wird für diejenige Periode gebucht, in der die Leistung erbracht wird und in der eine Forderung entsteht.

Die Maastricht-Ergebnisse des Sektors Staat (der Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung einschließt) werden von Statistik Austria gem. ESVG 95 ermittelt. Dabei kam es in den vergangenen Jahren wiederholt zu differierenden Auffassungen betreffend die Bewertung der Verbuchung von Daten. Ursache für diese Differenzen waren geänderte Interpretationen des ESVG 95 durch Eurostat, die von Statistik Austria übernommen wurden. Das betrifft insbesondere Bereiche wie die Landesimmobiliengesellschaften oder die Krankenanstaltenfinanzierung. Neuinterpretationen wurden rückwirkend angewendet, sodass die Ergebnisse der vergangenen Jahre immer wieder verändert wurden. Dieser Umstand ist auch ein nicht unwesentlicher Unsicherheitsfaktor bei der Darstellung von Maastricht-Ergebnissen für einen mittelfristigen Zeitraum. Daher wird diesen Fragen bei der Festlegung von bestimmten Stabilitätszielen in einem neuen Stabilitätspakt besondere Bedeutung zukommen.

Entwicklung der administrativen Salden

Die starken Einnahmehausfälle aus der Wirtschaftskrise und der Steuerreform, die die Ertragsanteile Niederösterreichs um etwa 300 Mio. € schmälerten, führen dazu, dass der Abgang im allgemeinen Haushalt im Jahre 2013 auf 670 Mio. € steigen würde, falls keine gegensteuernden Maßnahmen ergriffen werden. In der Vorschauperiode wachsen die Ausgaben mit 2,8% im Jahresdurchschnitt rascher als die Einnahmen (2,2%). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass für 2010 der veranschlagte Abgang, aufgrund der Einnahmehausfälle, aber von möglichen Ausgabenüberschreitungen, wahrscheinlich höher sein wird als präliminiert.

Nimmt man das Jahr 2010 als Ausgangsbasis, dann zeigt sich, dass die Ausgabenentwicklung deutlich stärker ist als jene der Einnahmen. Die Bruttokreditaufnahmen (ohne umgegliederte Einheiten) beliefen sich 2009 auf rund 0,45 Mrd. €. Im Voranschlagsabschnitt 85 entfällt ein Teil der Einnahmen auf Kredit(Darlehens)aufnahmen zur Deckung der Abgänge der Krankenanstalten (und zu einem kleineren Teil der Pflegeheime). Einschließlich der Kreditaufnahmen im Voranschlagsabschnitt 85 beträgt der Kreditbedarf im Niederösterreichischen Landeshaushalt ohne gegensteuernde Eingriffe im Jahre 2013 925 Mio. € (2009 671,5 Mio. €), wovon 255 Mio. € Mrd. € auf den Voranschlagsabschnitt 85 entfallen.

Maastricht-Ergebnis

Ein Vergleich der kameralen Salden mit den für den Stabilitätspakt maßgeblichen "Maastricht-Salden" ist schwierig, weil Annahmen über die Finanztransaktionen (insbesondere Darlehensgewährungen) getroffen werden müssen. 2009 betrug die Differenz (Verbesserung) zwischen dem kameralen Abgang und dem "Maastricht-Saldo" im Niederösterreichischen Landeshaushalt rund 0,52 Mrd. € (2008 waren es noch 0,64 Mrd. €). 2010 geht die Differenz im Voranschlag auf 0,34 Mrd. € zurück.

Selbst wenn diese Tendenz in den nächsten Jahren gestoppt werden könnte, sind keine Überschüsse in den "Maastricht-Salden" zu erwarten, weil damit zu rechnen ist, dass die Finanztransaktionen ihren positiven Beitrag nicht verbessern. Daher ist die Annahme im Stabilitätsprogramm der Bundesregierung (dass die Länder insgesamt bis 2013 einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen), wie die Vorschau zeigt unrealistisch. Im Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmengesetz des Bundesministeriums für Finanzen ist bereits für die Periode 2010 bis 2014 ein konstantes Maastricht-Defizit von 0,6% des BIP für Länder und Gemeinden enthalten. Selbst das Einhalten dieser jährlichen Quoten stellt den Landeshaushalt vor Herausforderungen, da diese Defizitquoten über die gesamte Periode nur teilweise zu erzielen sein werden. Da die Einnahmen im Grunde vom Land nicht beeinflusst werden können, müssen daher deutliche Einsparungen bei den Ausgaben erfolgen, damit die Zielsetzungen annähernd erreicht werden können.

Der Rechnungsabschluss 2008 zeigte einen Nettoabgang von 455,45 Mio. €, 2009 wird der Abgang bei 599,71 Mio. € zu liegen kommen. Der Voranschlag 2010 weist einen Nettoabgang von rd. 494,47 Mio. € aus. Die Einnahmen bei den Ertragsanteilen werden sich jedoch den jüngsten Einnahmeschätzungen des Finanzministeriums zufolge um rd. 60 Mio. € verschlechtern. Eine Fortsetzung der bisherigen Ausgabensteigerungen bei nahezu gleich bleibenden Einnahmen, wie in der Budgetvorschau (im vorigen Kapitel) beschrieben, würde 2013 zu Brutto-Abgängen über 900 Mio. € führen. Damit verbunden wäre ein ungebremster Anstieg des Schuldenstandes und der Zinsenbelastung. Aus diesen Gründen sind wirkungsvolle Maßnahmen zur Gegensteuerung zu setzen.

Im Folgenden werden in erster Linie jene Bedingungen dargestellt, welche zu einer Senkung des administrativen Abgangs und damit zu einer Drosselung des Anstiegs des Finanzschuldenstands führen.

Man kann davon ausgehen, dass damit auch eine Senkung des Maastricht-Saldos im gleichen Ausmaß einhergehen wird. Konkrete innerösterreichische Zielanforderungen im Rahmen eines Stabilitätspakts bestehen zurzeit nicht. Zu berücksichtigen wird sein, dass das Maastricht-Ergebnis maßgeblich von der Höhe der im Voranschlag enthaltenen Darlehen und auch der Rücklagen bestimmt wird. Die Gestionierung dieser Bereiche wird daher im Rahmen der jährlichen Budgeterstellung vorzunehmen sein.

Maßnahmen im laufenden Jahr 2010

Der veranschlagte Abgang von 494,47 Mio. € wird auf Grund von Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen zusätzlich belastet. Es sind daher bereits zu Beginn des Budgetjahres Maßnahmen zur Reduktion der Ausgaben im Rahmen des Budgetvollzugs ergriffen worden. So hat die Landesregierung eine Ausgabenbindung in der Höhe von 30% bestimmter Ermessensausgaben beschlossen (damit ist ein Ausgabenvolumen von rd. 251 Mio. € gesperrt). Darüber hinaus wurde das Budgetcontrolling verstärkt. Die Quartalsergebnisse werden den Abteilungen mitgeteilt, um bei

Fehlentwicklungen rechtzeitig eingreifen zu können. Geplant ist, die Ausgabenbindung so weit als möglich einzuhalten. Damit kann eine spürbare Senkung des Abgangs erzielt werden.

Maßnahmen im Zuge der Erstellung des Voranschlages 2011

Die Anträge der Ressorts für den Voranschlag 2011 ergaben zusammen ein Ausgabenvolumen von 8,1 Mrd. €, um 10,7% mehr als im Voranschlag 2010. Ein Abgang von 904 Mio. € drohte. Von der Abteilung Finanzen wurden daher erstmals mögliche Einsparungsvolumina bzw. Ausgabenrahmen pro Ressort festgelegt, welche zu saldenwirksamen Verbesserungen führen sollten. Im Zuge der Budgetverhandlungen konnte ein Volumen von rd. 205 Mio. € realisiert werden. Dadurch konnte der Abgang, der 2010 495 Mio. € beträgt, im Voranschlag 2011 um 205 Mio. € schließlich auf rd. 290 Mio. € gesenkt werden. Nimmt man die ursprünglichen Anträge, die über 900 Mio. € ergeben hätten, wurde eine Reduktion um über 600 Mio. € erreicht.

Im Rahmen des Budgetvollzuges 2011 wird es jedoch weiterhin notwendig sein, Ausgabenbindungen bei Ermessensausgaben vorzunehmen, um zusätzlichen Spielraum für etwaige unvorhergesehene Mehrausgaben zu schaffen und allenfalls Mindereinnahmen kompensieren zu können.

Maßnahmen für 2012 und 2013

Ziel für 2012 und 2013 ist die weitere schrittweise Senkung des Abgangs, die mit dem Budget 2011 eingeleitet wurde, vorgesehen. Liegt der Abgang 2011 bei knapp 290 Mio. €, ist für 2012 eine Reduktion um rd. 50 Mio. € und 2013 um weitere 50 Mio. € geplant. Der Netto-Abgang soll im Jahr 2013 bei rd. 200 Mio. € zu liegen kommen.

Dazu werden folgende Annahmen getroffen:

Einnahmen

Die jüngste Prognose des Finanzministeriums vom 5. Mai 2010 geht von einer Steigerung der Ertragsanteile 2012 gegenüber 2011 von 4,9% aus. Das ist nun mehr als

in der Budgetvorschau angenommen. 2013 werden die Ertragsanteile laut Finanzministerium um 5% steigen. Zusätzlich sind im Strategiebericht des Finanzministeriums (bereits ab 2011) „einnahmenseitige Maßnahmen (Bund)“ enthalten. Unter der Voraussetzung, dass es sich dabei ausschließlich um gemeinschaftliche Bundesabgaben handelt und unter der Annahme, dass der bisherige Aufteilungsschlüssel der gemeinschaftlichen Bundesabgaben unverändert bleibt, ergäben sich daraus für die Länder (und Gemeinden) Mehreinnahmen. Die auf Niederösterreich entfallenden Mehreinnahmen werden in den Jahren 2012 und 2013 in das Programm einbezogen. Sollten diese Mehreinnahmen nicht oder nicht zur Gänze anfallen, sind auf der Ausgabenseite im selben Ausmaß Kürzungen vorzunehmen, um das Ziel einhalten zu können.

Ausgaben

Bei der Budgeterstellung in den Jahren 2012 und 2013 soll die Festlegung von Ausgabenrahmen für die Ressorts, wie bei der Budgeterstellung für 2011 weitergeführt werden.

Bei den Ausgaben wurde im Bereich Personal und Pensionen eine Steigerung von 2% pro Jahr angenommen, allerdings bei gleich bleibendem Personalstand. Die steigenden Verpflichtungen aus Leasingfinanzierungen können bedeckt werden. Bei größeren Investitionen im Baubereich müssen Prioritätenreihungen vorgenommen werden, sodass in der Programmperiode keine neuen Verpflichtungen anfallen. Laufende Verpflichtungen sind in der Ausgabenschätzung berücksichtigt.

Für die Zinszahlungen wird angenommen, dass sich das Zinsniveau bis 2013 nicht wesentlich erhöht, aber ein Anstieg aus der jährlichen Neuverschuldung gegeben ist. Bei der Sozialhilfe wurde eine Steigerung von jährlich 4% unterstellt. Im Bereich der Krankenanstalten werden die Trägeranteile durch laufende Optimierungen, die Nutzung von Synergien und Effizienzsteigerungen sukzessive gesenkt.

Alle anderen Ausgaben, insbesondere reine Förderausgaben, werden grundsätzlich auf dem Niveau des Jahres 2011 eingefroren.

Entwicklung laut Budgetprogramm				
	2010	2011	2012	2013
	VA	VA	Programm	
	<i>Mio. €</i>			
Ausgaben	7.329,0	7.500,3	7.507,0	7.805,3
- Einnahmen	-6.783,0	-6.923,7	-7.099,6	-7.248,2
Brutto-Abgang	546,0	576,6	407,4	557,1
- Tilgung	-51,5	-286,9	-157,4	-357,1
Netto-Abgang	494,5	289,7	250,0	200,0

Die Einnahmen steigen von 2010 bis 2013 um 6,9% stärker als die Ausgaben, die um 6,5% wachsen. Das bedeutet eine jährliche Einnahmensteigerung um durchschnittlich 2,3% (das ist um 0,1% höher als die Budgetvorschau ergibt). Die Ausgaben wachsen im Zeitraum 2010 bis 2013 um durchschnittlich 2,2%, das ist um 0,6% weniger als in der Budgetvorschau.

Der Abgang sinkt von 2010 bis 2013 um 294,5 Mio. € d.s. 59,6%, was einer durchschnittlichen Reduktion pro Jahr um rd. 20% entspricht. Der Zuwachs der Schulden wird im selben Ausmaß verringert.

Mit der jährlichen Verringerung des Abgangs verbunden ist eine gleich hohe Verbesserung des Maastricht-Saldos (vorausgesetzt werden unveränderte Anteile von Darlehen und Rücklagen in der Programmperiode; ohne Berücksichtigung späterer Interpretationen durch Statistik Austria im Zusammenhang mit der Krankenanstaltenfinanzierung).

Darüber hinaus sind noch folgende Faktoren von Bedeutung:

Etwasige zukünftige Neuinterpretationen des ESVG 95 durch Statistik Austria bzw. Eurostat können im Programm nicht berücksichtigt werden.

Im Bereich der Förderungen ist verstärktes Augenmerk auf die Effizienz und Maastricht-neutrale Förderungsarten zu legen. Förderungen im Rahmen von EU-Kofinanzierungen haben gegenüber reinen Landesförderungen Priorität. In der Programmperiode ist, so wie in der Vergangenheit, eine Ausgabenbindung bei den Ermessensausgaben vorzusehen.

Die bereits laufenden Optimierungsmaßnahmen im Finanz- und Schuldenmanagement sind fortzusetzen.

Bei der Finanzierung von kostenintensiven Investitionen bzw. mehrjährigen Investitionsprogrammen sind insbesondere Sonderfinanzierungs- bzw. Leasingmodelle anzuwenden. Die Finanzierung ist so zu gestalten, dass möglichst Maastricht-neutrale und budgetschonende Modelle zur Anwendung kommen und die Belastungen für den Haushalt gleichmäßig auf mehrere Jahre verteilt werden. Gegebenenfalls sind Anpassungen auf Grund der budgetären Rahmenbedingungen durchzuführen.

Im Budgetvollzug sind generell strengste Maßstäbe anzuwenden.